



BONN INTERNATIONAL CENTER FOR CONVERSION

B · I · C · C

Informationsdienst Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte

Länderportrait Serbien



Quelle: CIA World Factbook

Letzte Aktualisierung: Dezember 2011
Zusammengestellt von: Jan Grebe

INHALTSVERZEICHNIS

1	ZUSAMMENFASSUNG	3
2	GRUNDDATEN ZUM MILITÄRISCHEN SEKTOR	7
2.1	Deutsche Rüstungsexporte	7
2.2	Bedeutung deutscher Rüstungsexporte für das Empfängerland	8
2.3	Militärausgaben.....	9
2.4	Lokale Rüstungsindustrie	10
2.5	Streitkräftestruktur	11
2.6	Bewaffnung der Streitkräfte.....	12
2.7	Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft	13
2.8	Polizei und andere Sicherheitskräfte	14
3	INFORMATIONEN NACH DEN KRITERIEN DES EU-VERHALTENSKODEX	16
3.1	Einhaltung internationaler Verpflichtungen.....	16
3.2	Achtung der Menschenrechte im Empfängerland.....	16
3.3	Innere Lage im Empfängerland.....	19
3.4	Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	20
3.5	Bedrohung von Alliierten.....	21
3.6	Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	22
3.7	Unerlaubte Wiederausfuhr	24
3.8	Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes.....	24

1 ZUSAMMENFASSUNG

Militärischer Sektor in Serbien

Wie aus den Informationen des Rüstungsexportberichts der Bundesregierung hervorgeht, liefert Deutschland primär Klein- und Leichtwaffen nach Serbien sowie vereinzelt Ausrüstungsgegenstände für Sicherheitskräfte. Die Gesamtsumme der deutschen Rüstungsexporte nach Serbien ist in den vergangenen Jahren insgesamt als gering anzusehen. Eine Ausnahme war das Jahr 2009. Informationen aus dem UN-Waffenregister legen dar, dass Deutschland im Jahr 2009 mehrere hundert Maschinenpistolen und Sturmgewehre geliefert hat.

Wichtigster Rüstungsexporteur für Serbien bleibt das seit 2006 getrennte und souveräne Montenegro. Aus ihm hat Serbien im Jahr 2010 zahlreiche Klein- und Leichtwaffen bezogen, ebenso lieferte Montenegro mehr als 1.000 Panzerabwehrgeschütze und Raketenwerfer. Sechs N-62 (G-4) Trainingsflugzeuge stammen ebenfalls aus dem Nachbarland. Ferner hat Serbien in den vergangenen Jahren schwere Artilleriesysteme aus Bulgarien und Ägypten sowie Raketenabschussvorrichtungen aus Russland importiert.

Die serbische Rüstungsindustrie ist ein Erbe aus der Zeit Jugoslawiens. Damals spielte die Rüstungsindustrie als Einnahmequelle für Devisen sowie als zentrales Standbein für das politische und wirtschaftliche System eine wichtige Rolle. Entgegen allgemeiner Berichte war die Rüstungsindustrie jedoch nach dem Krieg im Jahr 1999 nicht völlig zerstört, sondern eine Vielzahl relevanter Rüstungsunternehmen begann erneut mit der Produktion. Auch die Anzahl der Beschäftigten von immerhin 20.000 Menschen in dem Sektor zeugen von einer intakten Industrie nach Ende des Krieges. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts befand sich die serbische Rüstungsindustrie jedoch in einem strukturell desolaten Zustand und notwendige Reformen konnten nur bedingt eingeleitet werden. Trotz der schlechten Ausgangslage und den strukturellen Problemen, vermochte sich die serbische Rüstungsindustrie in den letzten Jahren zu erholen.

Serbiens Anstrengungen im globalen Rüstungsmarkt, eine neue Rolle einzunehmen, werden insbesondere von den staatlichen Rüstungsherstellern unter dem Dach von Yoguimport-SDPR forciert. Bedeutend ist hierbei auch die grenzübergreifende Rüstungskoooperation mit Kroatien, die in einem formellen Kooperationsabkommen im Juni 2010 besiegelt wurde.

Im Rahmen einer Strukturreform des Militärs wurde die Anzahl der aktiven Soldaten radikal verringert. Ausgestattet ist das serbische Heer vorwiegend mit veralteten Rüstungsgütern aus dem ehemaligen Jugoslawien. Einige der Rüstungsgüter sollen einer modernen Kampfwertsteigerung unterzogen und altes Equipment aussortiert werden.

Serbiens Marine wurde nach der Abspaltung Montenegros an dieses übergeben, da Belgrad mit der Teilung des Landes Zugänge zum Meer und den Seehäfen verloren hat. Nach der Militärreform verfügt Serbien heute lediglich über eine Flottille zur Überwachung der Wasserstraßen, die jedoch den Landstreitkräften unterstellt ist.

Gegenwärtige Aufgabe der Luftwaffe ist der Schutz und die Kontrolle des Luftraums sowie die Unterstützung der Bodentruppen. Den Kern der Luftwaffe bilden russische MiG-21 und MiG-29 Kampfflugzeuge. Belgrad strebt an, die bereits veraltete Flotte durch Mehrzweckjagdflugzeuge zu ersetzen. Russische MiG und Sukhoi, französische Rafale, schwedische Gripen oder US-amerikanische F-16 Kampfflugzeuge werden in Betracht gezogen.

Seit dem Beginn des 21. Jahrhunderts befindet sich das serbische Militär in einem Veränderungsprozess, der u.a. auch zur Abschaffung der Wehrpflicht Anfang 2011 führte. Eine umfassende Sicherheits- und Verteidigungsreform hat zu erheblichen Erneuerungen

innerhalb der Streitkräfte geführt. Das serbische Militär verfügt damit heute – wie schon im früheren Jugoslawien – über eine starke Position innerhalb der Gesellschaft. Durch den Ausbau der Polizei und des Geheimdienstes hatte Milosevic zwar den Einfluss des Militärs zeitweise zurückgedrängt. Doch nach dem Sturz des Präsidenten im Jahr 2000 gelang es der Militärführung erneut seine Stellung innerhalb des Staates zu festigen.

Fast zehn Jahre nach Beginn einer Sicherheitssektorreform konnte im Jahr 2009 mit der Verabschiedung des zukünftigen rechtlichen Rahmens und der Etablierung demokratischer Kontrollmechanismen die erste Phase der Reform abgeschlossen werden. So wurde z.B. der Generalstab dem Verteidigungsministerium unterstellt, das nach den Verfassungsänderungen von einem Zivilisten geführt wird. Allerdings ist das serbische Parlament bis heute sehr zurückhaltend bei der Ausübung seiner Kontrollfunktionen und -rechte.

Neben dem Militär waren insbesondere die Polizei und der Geheimdienst Gegenstand der Sicherheitssektorreform. Eine Erneuerung des Geheimdienstes ist jedoch weiterhin aufgrund seiner gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Verflechtungen nur äußerst begrenzt möglich. Zwar wurden einige Gesetze geändert und Überwachungsstrukturen durch das Parlament geschaffen, die jedoch unzureichend sind und in der Praxis kaum ausgeübt werden.

Eine umfassende Polizeireform stand nach dem Sturz Milosevics ganz oben auf der politischen Tagesordnung. In den letzten zehn Jahren versuchten verschiedene Regierungen das Image der Polizei als Instrument des Milosevic-Regimes zu bekämpfen und ihr Ansehen in der Gesellschaft zu erhöhen. Gegenwärtig unterstehen die etwa 43.000 Polizisten des Landes dem Innenministerium und sind u.a. unterteilt in Zoll, Kriminal- und Grenzpolizei sowie zwei Antiterrorereinheiten, die „Special Antiterrorist Unit“ und die „Counterterrorist Unit“.

Neben den staatlichen Sicherheitskräften gibt es ebenfalls einen großen Markt privater Sicherheitsanbieter, der in den letzten zehn Jahren deutlich gewachsen ist. Schätzungen zufolge gibt es derzeit etwa 3.000 private Sicherheitsunternehmen, die annähernd 30.000 Menschen beschäftigen.

Kriterien des EU-Verhaltenskodex

Serbien ist dem Großteil der internationalen Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträge beigetreten und bekennt sich zur Bedeutung der internationalen Nichtverbreitungs- und Abrüstungsanstrengungen im Rahmen der Vereinten Nationen und anderer internationaler sowie regionaler Initiativen.

Allgemein ist zu beobachten, dass sich die Menschenrechtslage in den vergangenen zehn Jahren verbessert hat. Sowohl die gesetzlichen Grundlagen zum Schutz grundlegender Rechte als auch demokratischer Normen im Zuge der politischen Transformation, die Menschenrechten einen wichtigen Platz innerhalb der Gesellschaft und der Politik einräumen, haben sich positiv entwickelt. Dennoch bestehen weiterhin Defizite. Probleme existieren etwa in Bezug auf den Minderheitenschutz, den Kampf gegen Diskriminierung, die Missachtung von Rechten durch die Polizei und in den staatlichen Gefängnissen. Hinzu kommt der unzureichende Schutz von Journalisten und Menschenrechtsaktivisten.

Sowohl die politische Situation als auch die allgemeine Konfliktlage in der Region bleiben instabil und angespannt. Das internationale Engagement des Westens in den Ländern des Balkans ist stark sicherheitspolitisch geprägt, politische und wirtschaftliche Entwicklung treten dagegen in den Hintergrund. Problematisch für eine Stabilisierung der Länder auf dem Balkan sind die weiterhin schwachen Staatsstrukturen, die unzureichenden wirtschaftlichen Fortschritte und die vielen ungelösten ethnischen Spannungen und Konflikte.

Aus Sicht Serbiens ist der zentrale und weiterhin offene Konflikt die Abspaltung Kosovos im Jahr 2008. Seit der einseitigen Unabhängigkeitserklärung kämpft auf der einen Seite die

albanische Mehrheit des Kosovo um ihre staatliche Anerkennung. Auf der anderen Seite besteht die serbische Regierung weiterhin darauf, dass der Kosovo ein integraler Bestandteil Serbiens ist. Während beide Regierungen versuchen den Konflikt diplomatisch zu lösen, kommt es in der Grenzregion, insbesondere in der Stadt Mitrovica immer wieder zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen der albanisch stämmigen Bevölkerung und den im Kosovo lebenden Serben. So kam es etwa im Sommer 2011 zur Eskalation, als die kosovarische Spezialpolizei Grenzposten besetzte, um ein Importembargo gegen serbische Waren durchzusetzen.

Auch zwischen Serbien und Kroatien existieren weiterhin ungelöste Grenzfragen. Zwar haben sich die Beziehungen zwischen beiden Ländern in den vergangenen Jahren deutlich verbessert, eine endgültige Lösung der Territorialansprüche und Fragen der Nutzung der Donau ist jedoch noch nicht in Sicht.

Bosnien-Herzegowina und Serbien streiten ebenfalls über ungeklärte Grenz- und Territorialfragen entlang der Flüsse Drina und Lim. Nach vier Jahren Verhandlungsstillstand haben beide Staaten im Mai 2010 wieder diplomatische Gespräche aufgenommen. Serbien hat einen Landtausch vorgeschlagen, eine Einigung konnte aber noch nicht gefunden werden.

Auf dem Balkan existiert seit 1995 ein regionales Rüstungskontrollregime, das zwischen Kroatien, Serbien, Montenegro sowie Bosnien-Herzegowina geschlossen und in den folgenden Jahren stetig erweitert wurde. Es begrenzt die Anzahl konventioneller Großwaffensysteme für die beteiligten Länder.

In Serbien befinden sich derzeit nur im Rahmen der OSZE-Mission ausländische Kräfte zur Unterstützung in den Bereichen Demokratisierung, Menschenrechte und Minderheitenschutz sowie Entwicklung der Medienlandschaft.

Für Serbien besteht gegenwärtig keine direkte Bedrohung durch den internationalen Terrorismus. Belgrad ist zwar zahlreichen internationalen Abkommen nicht beigetreten, dennoch hat das Land mit Albanien und Bosnien-Herzegowina sowie mit Israel und Zypern bilaterale Abkommen zur Terrorismusbekämpfung unterzeichnet.

Internationale und organisierte Kriminalität ist weiterhin ein großes Problem in Serbien. Die OSZE-Mission hat die serbische Regierung seit 2001 maßgeblich bei ihrer Bekämpfung unterstützt. Allgemein ist das Land und die gesamte Region wichtiger Umschlagplatz für Drogen und Zigaretten und damit Einfallstor für Schmuggelware in die EU. Auch für Waffen und im Bereich des Menschenhandels ist das Land eine Drehscheibe der organisierten Kriminalität. Neben Schmuggel ist eine der größten Herausforderung für die serbische Regierung und die Sicherheitsbehörden die ausufernde Geldwäsche im Land.

Serbien ist bestrebt, ein effektives Exportkontrollregime zur Kontrolle von konventionellen Waffen und dual-use Gütern zu etablieren. Um dieses Ziel zu erreichen, hat Belgrad im März 2005 freiwillig die Kriterien und Prinzipien des damaligen EU-Verhaltenskodex (seit 2008 Gemeinsamer Standpunkt) für Rüstungsexporte anerkannt und damit einhergehend eine Reihe von Exportkontrollgesetzen verabschiedet, die im Einklang mit den EU-Standards zur Exportkontrolle stehen. Im Allgemeinen ist die serbische Gesetzgebung ein positiver Schritt nach vorne und ein guter Versuch, die europäischen Normen und Kriterien zu übernehmen. In der Umsetzung der durchweg positiven Gesetzgebung gibt es ebenfalls wichtige Fortschritte, die durch einen deutlichen Kapazitätsaufbau in der Verwaltung und der politischen Ebene erreicht wurden. Dennoch existieren weiterhin einige Defizite im serbischen Exportkontrollregime.

Serbiens Militärausgaben sind in den vergangenen Jahren leicht rückläufig, während sich die Ausgaben für Gesundheit als Anteil am Bruttoinlandsprodukt relativ konstant entwickelt haben. Während der Anteil der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit seit 2006 deutlich zurückgegangen ist, ist der deutliche Anstieg der Auslandsverschuldung auf etwa 80 Prozent

des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2009 im Vergleich zum Vorjahr als problematisch anzusehen.

Zwar hat sich eine Verbesserung des Gesundheits- und Bildungssystem in den letzten Jahren eingestellt, doch bleiben vor dem Hintergrund der generell positiven wirtschaftlichen Entwicklung beide Systeme chronisch unterfinanziert.

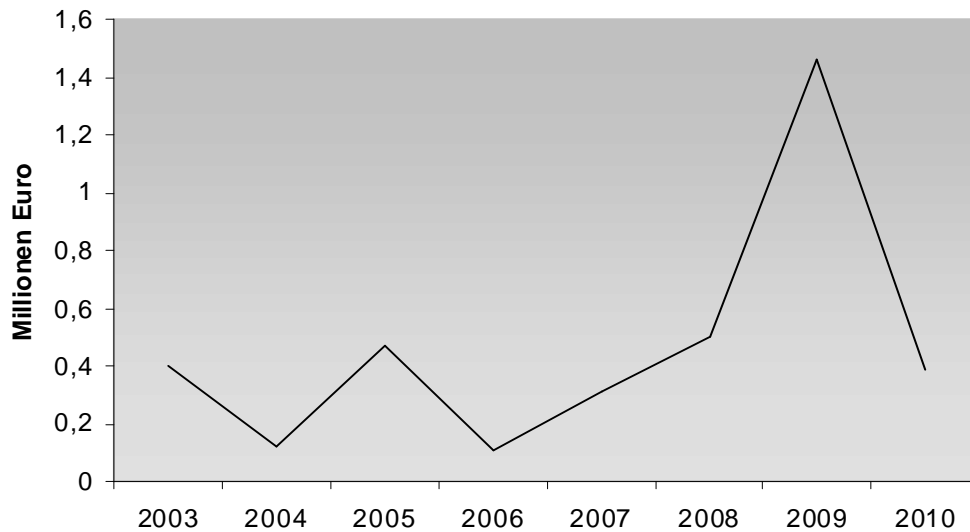
2 GRUNDDATEN ZUM MILITÄRISCHEN SEKTOR

2.1 Deutsche Rüstungsexporte

Tabelle 1: Deutsche Rüstungsexporte nach Außenwirtschaftsgesetz, 1999-2010

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert Rüstungsexporte, Millionen Euro
1999	Keine deutschen Rüstungsexporte	-
2000	Keine deutschen Rüstungsexporte	-
2001	Keine deutschen Rüstungsexporte	-
2002	Keine deutschen Rüstungsexporte	-
2003	Geländewagen: 55,2%; Pistolen, Maschinepistolen, Sport und Jagdgewehre und Waffenzielgeräte und Teile für Pistolen, Maschinepistolen, Sport- und Jagdgewehre: 22,9%; Munition für Gewehre, Revolver, Pistolen und Granatpistolen: 17,7% (für Vereinte Nationen)	0,4
2004	Ballistische Schutzhelme: 62,2%; Sportpistolen, Maschinenpistolen für VN, Jagdgewehre und Flinten, inkl. Teile: 24,9%	0,12
2005	Teile für HF – Überwachungs- und Peilsysteme: 64,3%; Munition für Revolver, Pistolen und Granatpistolen (für Finnische Armee): 15,4%; Materialien für ABC – Schutzbekleidung: 13,7%	0,47
2006	Jagdgewehre und Teile: 86,1%	0,11
2007	Jagdgewehre, Sportgewehre und Teile für Jagdgewehre, Sportpistolen: 54,6%; Detektionsausrüstung und Teile für Detektionsausrüstung: 41,3%	0,31
2008	Geländewagen mit Sonderschutz: 75,4 %; Jagdgewehre und Teile für Jagdgewehre: 19,2 %	0,5
2009	Maschinenpistolen, Gewehre mit KWL-Nummer, Pistolen, Jagdgewehre, Sportgewehre und Teile für Maschinenpistolen, Gewehre mit KWL-Nummer, Jagdgewehre, Sportgewehre, Sportrevolver, Sportpistolen: 89,8%	1,46
2010	Jagdgewehre, Sportgewehre, Selbstladebüchsen und Teile für Jagdgewehre, Sportgewehre, Selbstladebüchsen: 51,1%; Reizstoffe und Teile für C-Schutzkleidung: 28,9%; Kommunikationsausrüstung und Teile dafür: 18,9%	0,39

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 1999-2010, verfügbar auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie <http://www.bmwi.de>

Schaubild 1: Deutsche Rüstungsexporte nach Serbien, 2003-2010**Tabelle 2: Auszug aus dem Waffenhandelsregister von SIPRI, Lieferungen aus Deutschland nach Serbien 1991-2010**

Da Deutschland keine konventionellen Großwaffensysteme an Serbien geliefert hat, liegen keine Daten vor.

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, http://armstrade.sipri.org/arms_trade/trade_register.php

Kommentar:

Wie aus den Informationen des Rüstungsexportberichts der Bundesregierung hervorgeht, liefert Deutschland primär Klein- und Leichtwaffen nach Serbien sowie vereinzelt Ausrüstungsgegenstände für Sicherheitskräfte. Die Gesamtsumme der deutschen Rüstungsexporte nach Serbien ist in den vergangenen Jahren insgesamt als gering anzusehen. Eine Ausnahme ist das Jahr 2009, in dem Deutschland insbesondere Klein- und Leichtwaffen exportierte. Informationen aus dem UN-Waffenregister legen dar, dass Deutschland im Jahr 2009 mehrere hundert Maschinenpistolen und Sturmgewehre geliefert hat. Insgesamt importierte die serbische Regierung in dem Jahr Klein- und Leichtwaffen sowie Munition im Gesamtwert von etwa 3,4 Millionen US-Dollar.

2.2 Bedeutung deutscher Rüstungsexporte für das Empfängerland

Tabelle 3: Absolute Höhe der Rüstungsexporte nach Serbien 2006-2010, Mio. USD

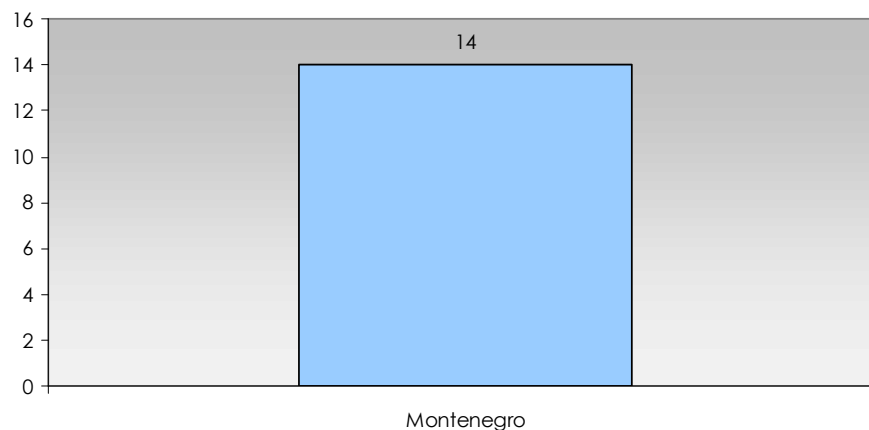
Jahr	2006	2007	2008	2009	2010	2006-2010
Summe	-	-	-	-	14	14

Alle Angaben in konstanten Preisen mit 1990 als Basisjahr

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <http://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Tabelle 4: Deutsche Rüstungsexporte nach Serbien 2006-2010, Mio. USD

Da Deutschland keine kompletten Großwaffensysteme nach Serbien liefert, gibt es keine Angaben zu deutschen Lieferungen in der Arms Transfer Datenbank von SIPRI.

Schaubild 2: Wichtigste Lieferanten der Rüstungsgüter 2006-2010, Mio. USD

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, http://armstrade.sipri.org/arms_trade/values.php
Alle Angaben in konstanten Preisen mit 1990 als Basisjahr.

Kommentar zu den Waffenkäufen:

Wichtigster Rüstungsexporteur für Serbien bleibt das seit 2006 getrennte und souveräne Montenegro. Aus dem Land hat Serbien im Jahr 2010 zahlreiche Klein- und Leichtwaffen bezogen, ebenso lieferte Montenegro mehr als 1000 Panzerabwehrgeschütze und Raketenwerfer. Sechs N-62 (G-4) Trainingsflugzeuge stammen ebenfalls aus dem Nachbarland. Ferner hat Serbien in den vergangenen Jahren schwere Artilleriesysteme aus Bulgarien und Ägypten sowie Raketenabschussvorrichtungen aus Russland importiert. Hinzu kommt eine Vielzahl kleiner und leichter Waffen, die Serbien aus verschiedenen europäischen Ländern und den USA bezogen hat.

2.3 Militärausgaben

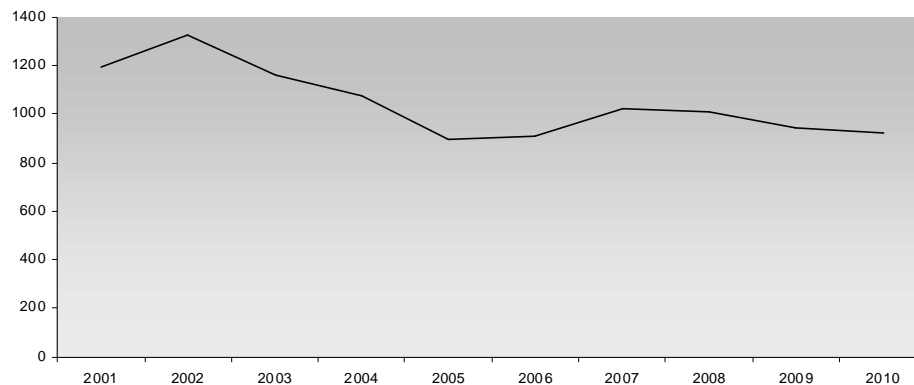
Tabelle 5: Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP

	2006	2007	2008	2009	2010
Militärausgaben	907	1022	1009	941	920
Anteil am BIP (in Prozent)	2,4	2,5	2,3	2,3	-
Anteil an Staatsausgaben* (in Prozent)	-	6,5	6,1	5,9	-

Militärausgaben in constant Mio. US\$ (2009).

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, World Development Indicators

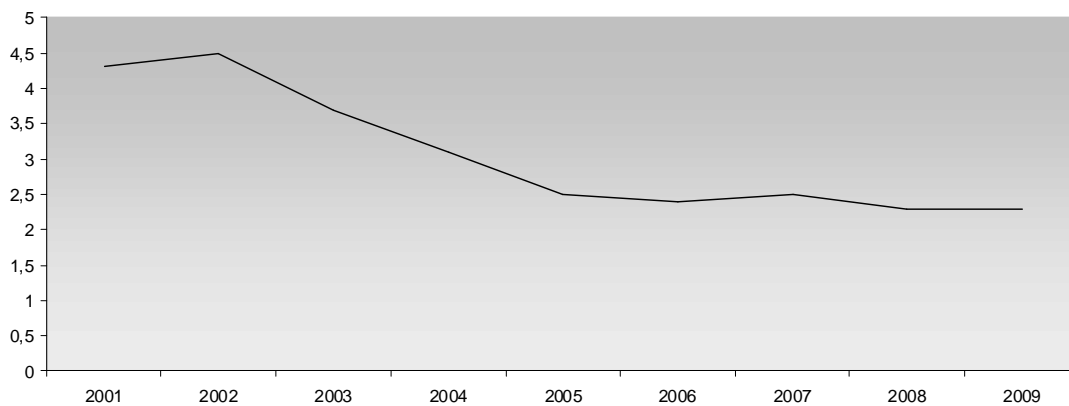
*Daten über den Anteil der Militärausgaben an den Staatsausgaben sind kritisch zu betrachten. Lückenhafte und unzureichende Daten lassen eine genaue Abbildung nur bedingt zu.

Schaubild 3: Absolute Militärausgaben, Trend 2001 – 2010 in Mio. USD

Angaben in konstanten Preisen USD mit dem Basisjahr 2009
Quelle: SIPRI Arms Transfers Database

Schaubild 4: Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 2001 – 2009 (in Prozent)

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database



2.4 Lokale Rüstungsindustrie

Die serbische Rüstungsindustrie ist ein Erbe aus der Zeit Jugoslawiens. Damals spielte die Rüstungsindustrie als Einnahmequelle für Devisen sowie als zentrales Standbein für das wirtschaftliche System eine wichtige Rolle. In den 1990er Jahren blieben unter dem damaligen Präsidenten Milosevic notwendige wirtschaftliche und politische Reformen im Rüstungssektor zur Umstrukturierung der Rüstungsindustrie aus. Stattdessen wurde sie weiterhin stark vom Staat und ohne Auflagen, wie etwa einen Restrukturierungsprozess einzuleiten oder die Effizienz zu verbessern, unterstützt. Im Krieg zwischen der NATO sowie Serbien und Montenegro 1999 wurden zahlreiche Produktionsstätten sowie Forschungs- und Entwicklungsanlagen durch die Luftangriffe erheblich beschädigt. Entgegen allgemeiner Berichte war die Rüstungsindustrie jedoch nicht völlig zerstört, sondern eine Vielzahl relevanter Rüstungsunternehmen begann nach Kriegsende erneut mit der Produktion. Auch die Anzahl der Beschäftigten von immerhin 20.000 Menschen zeugen von einer oberflächlich intakten Industrie nach Ende des Krieges.

Dennoch wirkten die technologischen Defizite und ineffizienten Strukturen auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts weiter und die serbische Rüstungsindustrie befand sich nach wie vor in einem strukturell desolaten Zustand. Für notwendige Reformen, Entwicklung und Forschung fehlten die Mittel.

Erst in den letzten Jahren vermochte sich die serbische Rüstungsindustrie zu erholen. Während im Jahr 2008 serbische Rüstungsunternehmen noch für 200 Millionen US-Dollar exportierten, verdoppelte sich die Summe der ausgeführten Rüstungsgüter auf 400 Millionen US-Dollar im darauf folgenden Jahr. Rüstungsexporte haben einen vierprozentigen Anteil am Gesamtexport Serbiens und machen das Land damit zum größten Rüstungsexporteur auf dem Balkan. Gegenwärtig arbeiten immer noch mindestens 10.000 Menschen in der Rüstungsindustrie. Andere Quellen beziffern die Anzahl der Jobs in dem Sektor auf bis zu 32.000. Derzeit gibt es sechs bedeutende Rüstungsfirmen in Serbien: Zastava Oruzje, Prvi Partizan, Prva Iskra, Sloboda, Milan Blagojevic and Krusik.

Produktion und Export von Munition machen den Löwenanteil der serbischen Rüstungsexporte aus. Empfänger für moderne Panzerabwehrmunition oder Mörsergranaten lassen sich in der ganzen Welt finden, vorwiegend jedoch unter alten Verbündeten Jugoslawiens, wie z.B. Libyen und dem Irak. Einige Rüstungsunternehmen haben Herstellung und Export in den vergangenen Jahren erfolgreich diversifiziert. Inzwischen werden auch mobile Haubitzen, Trainingsflugzeuge, Feuerleitkontroll- und Panzerabwehrsysteme für den Export produziert.

Insgesamt ist eine erfolgreiche Modernisierung der serbischen Rüstungsindustrie festzustellen. Dennoch ist der von der Regierung gewünschte Schritt zur Produktion hochtechnologischer Waffensysteme bis heute nicht erfolgt. Serbiens Anstrengungen im globalen Rüstungsmarkt eine neue Rolle einzunehmen, werden insbesondere von den staatlichen Rüstungsherstellern unter dem Dach von Yoguimport-SDPR forciert. Bedeutend ist hierbei auch die grenzübergreifende Rüstungskoooperation mit Kroatien, die in einem formellen Kooperationsabkommen im Juni 2010 besiegelt wurde.

2.5 Streitkräftestruktur

Wehrpflicht: 6 Monate

Gesamtstärke der Streitkräfte:

29 200 aktiv, davon:

- Heer: 12 300
- Ausbildungseinheit: 6 200
- Luftwaffe: 4 300
- Einheiten des Verteidigungsministeriums: 6 400

Zusätzlich:

- Reserve: 50 200

Quelle:

IISS Military Balance 2011

Tabelle 6: Stärke der Streitkräfte, Trend 2002-2010

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Aktive in 1.000 (IISS)	-	-	-	-	39,7	24	24,3	29,1	29,1
Soldaten auf 1.000 Einwohner (BICC-Berechnungen)	-	-	-	-	4,0	2,4	2,5	3,0	3,0

Quellen:
IISS Military Balance, 2003-2011, UN

2.6 Bewaffnung der Streitkräfte

Heer:

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Schwere Panzer	212	Vorwiegend jugoslawische M-84; Kampfwertsteigerung auf M84AS
Aufklärer	46	
Gepanzerte Mannschaftstransporter	39	
Artillerie	515	
Panzerabwehr	222	
Luftabwehr	156	u.a. 54 SA-16 Gimlet MANPADS

Kommentar:

Das Heer ist neben den anderen Teilstreitkräften ebenfalls seit dem Jahr 2000 Teil einer umfassenden Strukturreform, im Rahmen derer die Anzahl der aktiven Soldaten radikal verringert wurde. Traditionell ist das Heer die wichtigste Teilstreitkraft und primär auf die Landesverteidigung ausgerichtet. Zur Erfüllung dieser Aufgabe dienen jedoch vorwiegend veraltete Rüstungsgüter aus dem ehemaligen Jugoslawien. Einige der Güter sollen einer modernen Kampfwertsteigerung unterzogen und altes Gerät aussortiert werden. Der veraltete M-84 Kampfpanzer etwa soll mit modernen Kommunikations- und Feuerleitsystemen ausgestattet werden. Ebenso ist erklärtes Ziel der serbischen Regierung, das Militär europäischen bzw. NATO-Standards anzugleichen und gleichzeitig für Einsätze der Vereinten Nationen vorzubereiten. Neben einer Professionalisierung der Armee im Zuge der Reform, ist die politische Führung ebenfalls bestrebt, moderne Waffen und Ausrüstung anzuschaffen, um das Heer auf zukünftige Aufgaben vorzubereiten.

Marine:

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Patrouillenboote	5	
Minenboote	4	
Amphibienfahrzeuge	5	
Logistik und Unterstützung (Schiffe)	4	

Kommentar:

Serbiens Marine wurde mit der Abspaltung Montenegros an dieses Land übergeben. Angesichts des Verlusts von Zugängen zum Meer und den Seehäfen verfügt Serbien heute lediglich über eine Flottille, die jedoch im Zuge der Militärreform den Landstreitkräften unterstellt wurde. Aufgabe der Marineeinheit ist es, die nationalen Wasserstraßen zu schützen. Mit Ausnahme des Kommandoschiffs, das aus österreichischer Produktion stammt, verfügte die serbische Marine über Schiffe aus dem ehemaligen Jugoslawien, vorwiegend Minensuchboote und kleinere Patrouillenboote.

Luftwaffe:

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Jagdbomber/Abfangjäger	51	Vorwiegend russische MiG älterer Bauart
Aufklärungsflugzeuge	12	
Transportflugzeuge	8	
Ausbildungsflugzeuge	28	
Transporthubschrauber	2	
Mehrzweckhubschrauber	54	
Kampfhubschrauber	2	
Luftabwehr	15	
Raketen	Einige	

Kommentar:

Serbiens Luftwaffe ist ebenfalls Teil der umfassenden Militärreform, die auch dieser Teilstreitkraft neue Aufgaben zugeschrieben hat. Primäre Aufgabe ist gegenwärtig der Schutz und die Kontrolle des Luftraums und die Unterstützung der Bodentruppen. Den Kern der Luftwaffe bilden russische MiG-21 und MiG-29 Kampfflugzeuge, wobei die Effektivität und Einsatzbereitschaft zahlreicher alter MiG-21 zu bezweifeln sind. Zwischen 2007 und 2008 wurden bis zu fünf MiG-29 generalüberholt und modernisiert. Belgrad ist jedoch bestrebt, die bereits veraltete Flotte mit Mehrzweckjagdflugzeugen zu ersetzen. In Betracht gezogen werden russische MiG und Sukhoi, französische Rafale, schwedische Gripen oder US-amerikanische F-16 Kampfflugzeuge.

Um die Luftverteidigung sicherzustellen und insbesondere um die Unterstützung von Bodentruppen zu garantieren, hat Serbiens Regierung ebenfalls Teile der Hubschrauberflotte in den vergangenen Jahren modernisiert.

Peacekeeping:

- Zentralafrikanische Republik/Tschad (MINURCAT): 14 Soldaten
- Elfenbeinküste (UNOCI): 3 Beobachter
- Liberia (UNMIL): 4 Beobachter
- Demokratische Republik Kongo (MONUSCO): 6 Soldaten, 3 Beobachter

Quelle: IISS Military Balance 2011

2.7 Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft

Seit mehr als zehn Jahren befindet sich das serbische Militär in einem Veränderungsprozess. Eine umfassende Sicherheits- und Verteidigungsreform hat zu erheblichen Erneuerungen geführt. Traditionell verfügt das serbische Militär über eine starke Position innerhalb der

Gesellschaft und erinnert noch heute teilweise in seiner Funktion und Rolle an das des ehemaligen Jugoslawiens. Damals war es nicht nur eines der stärksten innerhalb Europas, sondern auch ein Stützpfiler der Gesellschaft. Im Gegensatz zu der Zeit Jugoslawiens war das Militär in Serbien jedoch nicht von der gesamten Bevölkerung so anerkannt. Insbesondere die Jugend und junge Erwachsene nahmen eine kritische Position gegenüber dem Militär ein.

Weil Milosevic dem Militär misstraute, versuchte er seinen Einfluss durch den Ausbau der Polizei und des Geheimdienstes zurückzudrängen. Während der Aufstände im Jahr 2000 intervenierte das Militär nicht und trug so maßgeblich zum Sturz von Milosevic bei. Nach seinem Sturz übernahm das Militär erneut wichtige Funktionen innerhalb des Staates und konnte seine Position festigen. Infolge zahlreicher Konflikte und auch dem Einsatz des Militärs im Inneren hat sich Funktion und Ansehen des Militärs innerhalb der Gesellschaft maßgeblich gewandelt. Hinzu kommt, dass das Militär lange Zeit mit Kriegsverbrechen und als Zufluchtsort zahlreicher Kriegsverbrecher von der Bevölkerung in Verbindung gebracht wurde und es durch die Reform zu einer deutlichen Verbesserung des Ansehens der Streitkräfte kam.

Nach dem Sturz Milosevics sollte eine demokratische Kontrolle über das Militär etabliert werden. So wurde z.B. der Generalstab dem Verteidigungsministerium unterstellt, das nach den Verfassungsänderungen von 2003 und 2006 sowie der Militärreform von einem Zivilisten geführt wird. Dennoch ist das serbische Parlament bis heute sehr zurückhaltend und zögerlich bei der Ausübung von Kontrollfunktionen und -rechten.

Durch einige Gesetzesänderungen verfügt die Bevölkerung ebenfalls über Kontrollfunktionen. So wird die Zivilgesellschaft in Zukunft möglicherweise durch ein Mehr an Transparenz und öffentlicher Aufmerksamkeit etwa im Bereich des Verteidigungsbudgets stärkere Kontrollfunktionen ausüben.

Mit Beginn des Jahres 2011 wurde die Wehrpflicht in Serbien offiziell abgeschafft. Welche Auswirkungen dies auf die Verankerung der Streitkräfte in der Gesellschaft hat, ist heute noch nicht abzusehen.

2.8 Polizei und andere Sicherheitskräfte

Tabelle 7: Ausgaben für Öffentliche Ordnung und Sicherheit

	2006	2007	2008	2009	2010
Ausgaben öffentliche Ordnung/Sicherheit	-	1,11	-	-	-

Quelle: IMF Government Finance Statistics Yearbook 2008
Angaben in Milliarden US-Dollar, Die Ausgaben für Sicherheit und öffentliche Ordnung wurden von nationalen Währungen in US-Dollar in jeweils aktuelle Preise umgerechnet.

Parallel zur Militärreform begann trotz zahlreicher Hindernisse eine weitreichende und umfassende Sicherheitssektorreform. Fast zehn Jahre nach Beginn der Reform konnte im Jahr 2009 mit der Verabschiedung des zukünftigen rechtlichen Rahmens und der Etablierung demokratischer Kontrollmechanismen die erste Phase der Reform abgeschlossen werden.

Neben dem Militär sind insbesondere die Polizei und der Geheimdienst Gegenstand der Sicherheitssektorreform. Derzeit verfügt Serbien über drei Geheimdienste: Einen zivilen, der Security Information Service (BIA), und zwei militärische, den Military Intelligence Service (VOA) und Military Security Agency (VBA). Eine Reform des Geheimdienstes ist weiterhin aufgrund der gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Verflechtungen nur äußerst begrenzt möglich. Nach dem Ende des Milosevic-Regimes war der politische Wille der neuen

Führung nicht ausreichend, um die illegalen Aktivitäten und den politischen Einfluss des Geheimdienstes zu unterbinden und Strukturen zu reformieren. Es wurden einige Gesetze geändert und Strukturen zur Überwachung des Geheimdienstes innerhalb des Parlaments geschaffen. Letztere sind jedoch unzureichend und stellen lediglich den Beginn einer wirklichen Reform dar. In der Praxis ist die parlamentarische Kontrolle kaum funktionsfähig, da sie nicht ausgeübt wird. Selbst das Verteidigungsministerium forderte öffentlich, die Kontrolle über den Geheimdienst zu stärken und zu verbessern.

Eine umfassende Polizeireform stand nach dem Sturz Milosevics ganz oben auf der politischen Tagesordnung und blieb dort während den verschiedenen Regierungen in den letzten zehn Jahren, da die Polizei als Instrument des Milosevic-Regimes galt und daher innerhalb der Gesellschaft kein hohes Ansehen genoss. Gleichwohl der politische Wille vorhanden ist, vollzog sich die Reform eher auf der politischen Ebene, während es bei der Umsetzung und Implementierung in der Praxis weiterhin Defizite zu bemängeln gibt. Durch eine unsystematische Umsetzung der Reform, ohne größeren Plan und Strategie, sind die eigentliche Ziele, die Polizei zu de-kriminalisieren, de-politisieren, de-militarisieren und eine Dezentralisierung einzuleiten, bis heute nur bedingt erreicht. Gegenwärtig unterstehen die etwa 43.000 Polizisten des Landes dem Innenministerium und sind u.a. unterteilt in Zoll, Kriminalpolizei, Grenzpolizei sowie zwei Anti-Terroreinheiten, die „Special Antiterrorist Unit“ und die „Counterterrorist Unit“.

Außer den staatlichen Sicherheitskräften gibt es ebenfalls einen großen Markt privater Sicherheitsanbieter, der in den letzten zehn Jahren deutlich gewachsen ist. Mit dem Beginn der Sicherheitssektorreformen und der damit verbundenen Verkleinerung der Streitkräfte und der Polizei drängten viele Menschen auf den Markt, um ihre Fähigkeiten anzubieten. Schätzungen zufolge gibt es derzeit etwa 3.000 private Sicherheitsunternehmen, die annähernd 30.000 Menschen beschäftigen.

3 INFORMATIONEN NACH DEN KRITERIEN DES EU-VERHALTENSKODEX

3.1 Einhaltung internationaler Verpflichtungen

Mitgliedschaft in Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Chemiewaffen-Protokoll von 1928	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2011
Partieller atomarer Teststopp Vertrag von 1963	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2011
Äußerer Weltraumvertrag von 1967	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2011
Non-Proliferationsvertrag für Nuklearwaffen von 1970	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2011
Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden von 1972	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2011
Biologie- und Toxinwaffen-Konvention von 1975	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2011
Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken von 1978	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2011
Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen von 1983	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2011
Chemiewaffen-Konvention von 1997	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2011
Anti-Personenminen-Konvention (Ottawa Vertrag) von 1997	Beigetreten (mit Einschränkungen)	SIPRI Jahrbuch 2011
Übereinkommen über Streumunition von 2010	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2011

Kommentar:

Gegen Serbien sind derzeit weder Sanktionen der Vereinten Nationen noch der Europäischen Union verhängt.

Serbien ist dem Großteil der internationalen Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträge beigetreten und bekennt sich zur Bedeutung der internationalen Nichtverbreitungs- und Abrüstungsanstrengungen im Rahmen der Vereinten Nationen und anderer internationaler sowie regionaler Initiativen. Serbien ist als Nachfolger des ehemaligen Jugoslawiens Mitglied der regionalen Rüstungskontrollvereinbarung mit Bosnien-Herzegowina und Kroatien, das die Anzahl konventioneller Großwaffensysteme in den Ländern begrenzen soll und ihnen Recht zur Inspektion einräumt.

3.2 Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

3.2.1 Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen

Abkommen	Status	Quelle
Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, 1969	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org

Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), 1981	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum CEDAW, 2000	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, 1987	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen über die Rechte des Kindes, 1990	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org

3.2.2 Auszug aus dem Länderbericht des US-amerikanischen Außenministeriums zur Menschenrechtspraxis für 2010 (2011)

During the year the following human rights problems were reported: physical mistreatment of detainees by police; inefficient and lengthy trials; harassment of journalists, human rights advocates, and others critical of the government; limitations on freedom of speech and religion; lack of durable solutions for large numbers of internally displaced persons (IDPs); corruption in legislative, executive, and judicial branches of government including police; government failure to apprehend the two remaining fugitive war crimes suspects under indictment of the International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia (ICTY); societal violence against women and children; societal violence and discrimination against minorities, particularly Roma and the lesbian, gay, bisexual, transgender (LGBT) population; and trafficking in persons.

One significant human rights achievement was marked at the October 10 Pride Parade, when the government affirmed the freedom of assembly of the LGBT community. Unlike previous years, the government worked closely with planners to prepare for the event, and police successfully protected the marchers despite widespread violent protests by extremist groups.

Quelle: United States Department of State, Country Report on Human Rights Practices 2010, <http://www.state.gov/g/drl/rls/hrrpt/2010/eur/154449.htm>

3.2.3 Auszug aus dem Jahresbericht von Amnesty International für 2010

In July, the International Court of Justice (ICJ) issued an advisory opinion that Kosovo's 2008 declaration of independence did not violate applicable international law. In September the UN General Assembly adopted a resolution on Kosovo, which envisaged the resumption of talks between Serbia and Kosovo, facilitated by the EU.

Serbia moved closer to EU membership in November when the European Commission sent the government a questionnaire to assess Serbia's readiness for EU candidate status. Progress remained conditional on Serbia's continued co-operation with the International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia (Tribunal). Also in November, the Chief Prosecutor of the Tribunal urged Serbia to take more proactive measures to arrest former Bosnian-Serb General Ratko Mladić and former Croatian Serb leader Goran Hadžić.

Quelle: Amnesty International Report 2011: <http://www.amnesty.org/en/region/serbia/report-2011>

3.2.4 Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House für 2010 (2011)

Bewertung auf einer Skala von 1 für völlig frei bis 7 für völlig unfrei:

- Bürgerliche Rechte: 2
- Politische Rechte: 2
- Gesamtbewertung: Frei

Die Bewertung des Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Experten, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht werden.

Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House (2011):

President Boris Tadić and his Democratic Party–led government continued to pursue regional reconciliation efforts in 2010, but Serbia suffered a diplomatic defeat in July when the International Court of Justice found that Kosovo’s declaration of independence had not violated international law. Also during the year, police went to significant lengths to protect participants in Belgrade’s October gay pride parade from violent counterdemonstrators.

Quelle: <http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=22&year=2011&country=8192>

Kommentar:

Allgemein ist zu beobachten, dass sich die Menschenrechtsslage in den vergangenen zehn Jahren verbessert hat. Positiv entwickelt haben sich sowohl die gesetzlichen Grundlagen zum Schutz grundlegender Rechte als auch demokratischer Normen im Zuge der politischen Transformation, die Menschenrechten einen wichtigen Platz innerhalb der Gesellschaft und der Politik einräumen. Dennoch bestehen weiterhin Defizite, etwa in Bezug auf den Minderheitenschutz, den Kampf gegen Diskriminierung, die Missachtung von Rechten durch die Polizei und in den staatlichen Gefängnissen. Beim Minderheitenschutz gibt es keine ausreichenden gesetzlichen Grundlagen und in der Praxis sehen sich die betroffenen Gruppen, wie z.B. die Roma und die Rumänen, häufig sozialer Exklusion und ärmlichen Lebensumständen ausgesetzt. Problematisch ist auch der unzureichende Schutz von Journalisten und Menschenrechtsaktivisten.

Immer wieder werden Berichte über Korruption bei der Polizei oder über rechtswidrige Verhaftungen veröffentlicht. Auch Übergriffe durch die Polizei und die Androhung von Gewalt sind verbreitet. Die Straflosigkeit bei der Polizei ist weiterhin ein großes Problem, auch wenn bei ihrer Bekämpfung bereits erste Fortschritte erzielt wurden

Auch in Bezug auf die Medienfreiheit wurden in den letzten Jahren einige wichtige Gesetze verabschiedet. Dennoch ist auch hier in der Umsetzungspraxis weiterhin einiges zu beanstanden. Gleichzeitig gibt es vereinzelt Versuche, gewisse Mediengesetze strikter zu gestalten.

3.3 Innere Lage im Empfängerland

Politisches System; Auszug aus dem Länderbericht des Auswärtigen Amtes (April 2011):

Die autonomen Provinzen Kosovo und Wojwodina, die unter der Verfassung von 1974 noch eine republikähnliche Stellung eingenommen hatten, bekamen nach der serbischen Verfassung von 1990 die Form einer territorialen Autonomie innerhalb des serbischen Einheitsstaates. Diese Autonomie war in den neunziger Jahren zusehends eingeschränkt und im Fall des Kosovo schließlich völlig beseitigt worden. Die rechtliche Stellung des Kosovo wurde 1999 durch die Annahme der Resolution 1244 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen überlagert.

Am 17. Februar 2008 erklärte die Republik Kosovo ihre Unabhängigkeit von Serbien. Serbien hat dagegen scharf protestiert und betrachtet Kosovo weiterhin als Teil des eigenen Staatsgebiets. Kosovo wurde zwischenzeitlich von 75 Staaten, darunter der großen Mehrheit der EU-Mitgliedstaaten, anerkannt. Am 22. Juli 2010 stellte der Internationale Gerichtshof (IGH) fest, dass die Unabhängigkeitserklärung Kosovos vom Februar 2008 nicht gegen die Normen des Völkerrechts verstößt.

Die Autonomierechte der Wojwodina wurden mit der Verabschiedung eines Rahmengesetzes im serbischen Parlament im Herbst 2001 gestärkt. Seither hat das Parlament der Autonomen Provinz Wojwodina durch die Verabschiedung von Einzelgesetzen und Verordnungen diese Autonomie ausgestaltet. Die verfassungsmäßigen Kompetenzen der Region waren jedoch geringer als in der Zeit vor 1989, auch nach dem Inkrafttreten der Verfassung der Republik Serbien am 8. November 2006 in Kraft. Ein neues Statut für die Wojwodina wurde deshalb nach langer innenpolitischer Diskussion am 30.11.2009 vom serbischen Parlament verabschiedet.

Seit dem Sturz Miloševićs im Oktober 2000 befindet sich Serbien im Umbruch. Zunächst wurde die Befreiung aus der internationalen Isolation erreicht, jedoch konnte das demokratische Bündnis DOS die hohen Erwartungen der Bevölkerung, gerade bei der Verbesserung des Lebensstandards, nicht erfüllen. Nach der Ermordung von Ministerpräsident Zoran Djindjić im März 2003 verlor die Regierungskoalition zunehmend an Rückhalt und musste Ende 2003 schließlich vorgezogene Neuwahlen ausrufen. Die zwischen März 2004 und Anfang 2007 amtierende Minderheitsregierung unter Ministerpräsident Koštunica sah sich mit Transitions- und Reformproblemen vor allem im Bereich Wirtschaft und Verwaltung konfrontiert. Die seit Mai 2007 amtierende zweite Regierung Koštunica, basierend auf einer Koalition von DS, DSS und G17 plus, zerbrach im März 2008 kurz nach der Unabhängigkeitserklärung Kosovos, wodurch Neuwahlen im Mai 2008 notwendig wurden. Seit dem 7. Juli 2008 ist die proeuropäisch ausgerichtete, DS-geführte Koalition unter Ministerpräsident Mirko Cvetković im Amt.

Die derzeit beherrschenden politischen Themen sind der Annäherungsprozess an die EU, die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (Auslieferung der letzten mutmaßlichen Kriegsverbrecher), die weitere Wirtschaftsentwicklung und der Umgang mit der am 17. Februar 2008 erfolgten Unabhängigkeitserklärung des Kosovo. Auch innenpolitische Themen (Privatisierung, Korruptionsbekämpfung, Sozialpolitik) stehen im Fokus. In den letzten Jahren kamen auch zunehmend Energiesicherheit und die Bewältigung der Herausforderungen der Wirtschafts- und Finanzkrise hinzu.

Quelle: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Serbien/Innenpolitik_node.html

Korruptionsindex von Transparency International - Corruption Perceptions Index (2010):

Im Jahresbericht 2010 von Transparency International, für den in 178 Staaten Befragungen zur Wahrnehmung von Korruption bei Beamten und Politikern durchgeführt wurden, liegt Serbien auf Platz 78 (2009: Platz 83), zusammen mit China, Lesotho, Peru, Kolumbien, Griechenland und Thailand. Deutschland liegt auf Platz 15.

Quelle: http://www.transparency.org/policy_research/surveys_indices/cpi/2010/results

Spannungen und offene innere Konflikte:

Aus Sicht Serbiens ist der zentrale und weiterhin offene Konflikt die Abspaltung Kosovos im Jahr 2008. Seit der einseitigen Unabhängigkeitserklärung kämpft auf der einen Seite die albanische Mehrheit des Kosovo um ihre staatliche Anerkennung. Auf der anderen Seite besteht die serbische Regierung weiterhin darauf, dass der Kosovo ein integraler Bestandteil Serbiens ist. Während beide Regierungen versuchen den Konflikt diplomatisch zu lösen, kommt es in der Grenzregion, insbesondere in der Stadt Mitrovica immer wieder zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen der albanisch stämmigen Bevölkerung und den im Kosovo lebenden Serben. Nur mit Hilfe der internationalen Truppen und der kosovarischen Polizei können die Gruppen getrennt werden. Auch der Versuch der kosovarischen Regierung im serbisch dominierten Teil des Landes mehr administrative Kontrolle durch den Aufbau von Verwaltungsstrukturen zu erlangen, führte zu gewaltsamen Protesten und Ausschreitungen.

3.4 Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region

Geographische Lage:

Serbien liegt im südwestlichen Teil des Balkans und somit am Rande des ehemaligen Jugoslawiens, das nach dem Krieg in den 1990er Jahren zerfiel. In unmittelbarer Nachbarschaft liegen Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Ungarn, Rumänien und Bulgarien sowie der Kosovo. Aufgrund der geographischen Nähe zur EU besteht seitens der EU-Mitgliedsstaaten ein direktes sicherheitspolitisches Interesse an dem Land und der gesamten Region. Das internationale Engagement des Westens in den Ländern des Balkans ist stark sicherheitspolitisch geprägt, politische und wirtschaftliche Entwicklung treten in den Hintergrund.

Sowohl die politische Situation als auch die allgemeine Konfliktlage in der Region bleiben instabil und angespannt. Die Konflikte der Vergangenheit, wie etwa in Mazedonien, im Kosovo sowie dem föderalen Staatsgebilde Bosnien-Herzegowina zeigen, dass selbst mehr als 15 Jahre internationales Engagement nicht verhindern konnte, dass die (sicherheits-)politische, wirtschaftliche und soziale Situation auf dem Balkan weiterhin problematisch ist. Dabei waren nicht nur die internen Zerfallsdynamiken in dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien entscheidend. Negativ auf die Stabilisierung der Balkanländer wirken sich auch die weiterhin schwachen Staatsstrukturen, die unzureichenden wirtschaftlichen Fortschritte und die vielen ungelösten ethnischen Spannungen und Konflikte aus, die wiederum durch die neu geschaffenen föderalen Staatsstrukturen teilweise noch verschärft wurden. Einige Fortschritte in Bezug auf politische und gesellschaftliche Stabilität sowie positive wirtschaftliche Entwicklungen im Zuge eines möglichen EU-Beitritts einiger Länder der Region werden immer wieder von organisierter Kriminalität und illegalem Waffenhandel bedroht.

Die Unabhängigkeit des Kosovo sorgt für weitere Spannungen in der Region und entfacht besonders in Serbien einen politischen Streit. Während die serbische Regierung versucht die Abspaltung und Unabhängigkeit des Landes mit politisch-diplomatischen Mitteln zu bekämpfen, ist es der Druck der serbischen Nationalisten auf der Straße, der ebenfalls zu weiteren Anspannungen führt.

Grenzprobleme:

Zwischen Serbien und dem Kosovo besteht seit der einseitigen Unabhängigkeitserklärung ein offener Grenzkonflikt. Da Serbien den kosovarischen Zollstempel nicht akzeptiert und anerkennt, kann der Kosovo keinerlei Waren nach Serbien exportieren. Im Sommer 2011 eskalierte der Konflikt, als die kosovarische Spezialpolizei Grenzposten besetzte, um ein Importembargo gegen serbische Waren durchzusetzen. Im Zuge dessen kam es an der Grenze zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen der Spezialpolizei und serbischen Nationalisten, bei denen mehrere Menschen verletzt und getötet wurden. NATO geführte Truppen der KFOR besetzten daraufhin die Grenzposten, um die Situation wieder unter Kontrolle zu bringen und weitere Gewalt zwischen den ethnischen Gruppen zu verhindern. Die Gewalt konnte zunächst eingedämmt werden, der eigentliche Streit zwischen Serbien und dem Kosovo ist jedoch weiterhin ungelöst.

Zwischen Serbien und Kroatien gibt es gleichfalls ungelöste Grenzfragen. Serbien beansprucht zwei kleine Inseln in der Donau, während die kroatische Grenze teilweise durch serbische Dörfer verläuft. Zwar haben sich die Beziehungen zwischen beiden Ländern in den vergangenen Jahren deutlich verbessert, eine endgültige Lösung der Territorialansprüche und Fragen der Flussnutzung ist jedoch noch nicht in Sicht, da unterschiedliche Vorstellungen zur Beilegung des Konflikts bestehen.

Bosnien-Herzegowina und Serbien streiten sich ebenfalls über ungelöste Grenz- und Territorialfragen entlang der Flüsse Drina und Lim. Serbische Dörfer sind vom Territorium Belgrads abgeschnitten. Nach vier Jahren Stillstand haben beide Staaten im Mai 2010 wieder diplomatische Verhandlungen aufgenommen. Serbien hat einen Landtausch vorgeschlagen, eine Einigung konnte aber noch nicht gefunden werden.

Regionale Rüstungskontrolle:

Auf dem Balkan existiert seit 1995 ein regionales Rüstungskontrollregime, das zwischen Kroatien, Serbien, Montenegro sowie Bosnien-Herzegowina geschlossen und in den folgenden Jahren stetig erweitert wurde. Es begrenzt die Anzahl konventioneller Großwaffensysteme für die beteiligten Länder. Mit Hilfe der OSZE ist das Rüstungskontrollabkommen in den letzten Jahren erfolgreich umgesetzt worden, so dass die Bestände an konventionellen Großwaffen heute unterhalb der vereinbarten Grenzen liegen. Zentrale Merkmale dieses Kontrollabkommens sind die Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft bei Einhaltung und Durchführung der Bestimmungen sowie die angestrebte militärische Balance zwischen den Staaten auf dem Balkan.

3.5 Bedrohung von Alliierten

3.5.1 Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region

In Serbien befinden sich derzeit nur im Rahmen der OSZE-Mission ausländische Kräfte aus verschiedenen europäischen bzw. westlichen Ländern. Gegenwärtig befinden sich 35 Personen aus 21 verschiedenen Staaten im Land und unterstützen die Regierung Serbiens in den Bereichen Demokratisierung, Menschenrechte und Minderheitenschutz sowie Entwicklung der Medienlandschaft.

3.5.2 Gefahr von Technologiepiraterie

Laut einer Studie der Business Software Alliance (BSA) betrug die Piraterie-Rate von Software in Serbien 74 Prozent im Jahre 2010 und ist damit im Vergleich zu den Vorjahren relativ konstant geblieben. Im Vergleich zu anderen Staaten des Balkans, weist Serbien einen

erhöhten Wert auf. Der dadurch entstandenen Schaden belief sich 2010 auf 95 Millionen US-Dollar.

Quelle: Business Software Alliance (BSA), Global Software Piracy Study 2010

3.6 Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

Verhalten in der internationalen Gemeinschaft laut der Zusammenfassung des Auswärtigen Amtes (Stand: April 2011):

Die wichtigsten außen- und europapolitischen Themen sind:

- Europäische Integration: Serbien hat am 22. Dezember 2009 einen Beitrittsantrag zur Europäischen Union gestellt. Der Rat der Europäischen Union hat am 25. Oktober 2010 die Europäische Kommission um ihre Stellungnahme gebeten, die im Herbst 2011 vorgelegt werden soll.
- Freier Reiseverkehr: Die Visumpflicht für serbische Staatsangehörige in die Schengen-Staaten ist am 19.12.2009 weggefallen. Sie gilt für Kurzaufenthalte (Aufenthalte im Schengen-Gebiet von höchstens 90 Tagen je Sechsmonatszeitraum) ohne Aufnahme einer Erwerbstätigkeit.
- Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (IStGHJ) in Den Haag
- 4-Säulen-Ansatz: intensive außenpolitische Beziehungen zur EU, zu Russland, USA und China
- Wirtschaftliche Stabilisierung in der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise. Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit ausländischen Investoren
- Zusammenarbeit mit der internationalen Gemeinschaft in Fragen betreffend Kosovo. Weiterhin Ablehnung der Unabhängigkeit Kosovos. Serbien hat sich allerdings zu Direktgesprächen mit Kosovo über praktische Fragen bereit erklärt. Sie finden unter Vermittlung der Europäischen Union statt.
- Verhältnis zu den Nachbarn, insbesondere den anderen Staaten des ehemaligen Jugoslawien; Fortführung des Aussöhnungsprozesses; Lösung der verbliebenen Flüchtlingsaspekte.
- Ausbau der regionalen politischen und wirtschaftlichen Kooperation, u.a. innerhalb des South East European Cooperation Process (SEECP).

Quelle: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Serbien/Aussenpolitik_node.html

3.6.1 Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zur Unterdrückung von Flugzeugentführungen von 1971	Beigetreten	http://www.icao.int
Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten von 1977	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention gegen Geiselnahmen von 1983	Beigetreten	http://treaties.un.org

Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials von 1987	Beigetreten	www.iaea.org
Konventionen zur Markierung von Plastiksprengstoff von 1998	Beigetreten	http://www.icao.int
Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge von 2001	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen von 2007	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus von 2007	Beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar:

Für Serbien besteht gegenwärtig keine direkte Bedrohung durch den internationalen Terrorismus. Es ist allen relevanten Anti-Terrorismus-Abkommen beigetreten. Das Land hat sowohl mit Albanien und Bosnien-Herzegowina als auch mit Israel und Zypern bilaterale Abkommen zur Terrorismusbekämpfung unterzeichnet. In der Vergangenheit haben serbische Spezialkräfte auch an vom FBI durchgeführten regionalen Trainingsprogrammen zur Terrorismusbekämpfung teilgenommen. Es gibt einige terroristische Gruppen in Serbien, die immer wieder versuchen das Land durch Anschläge zu destabilisieren oder in der Grenzregion zum Kosovo die Lage anzuhetzen. Diese Gruppen sind auch intensiv in die organisierte Kriminalität – Menschenhandel, Geldwäsche und Schmuggel – involviert und dort auch aktiv. Darüber hinaus sind einige Serben Mitglieder in global agierenden radikal islamistischen Gruppen.

Im Jahr 2009 hat das serbische Parlament erstmals ein umfassendes Gesetz zur Bekämpfung von Geldwäsche und Finanzierung terroristischer Gruppen verabschiedet, das seither erweitert wurde.

3.6.2 Internationale Kriminalität

Beitritt zu Internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung

Abkommen	Status	Quelle
Konvention gegen Transnationale Organisierte Kriminalität von 2003	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel (2003)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (b) gegen den Schmuggel von Auswanderern (2004)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen (2005)	Beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar:

Internationale und organisierte Kriminalität ist weiterhin ein großes Problem in Serbien. Die OSZE-Mission hat die serbische Regierung seit 2001 maßgeblich bei ihrer Bekämpfung unterstützt. Allgemein ist das Land und die gesamte Region wichtiger Umschlagsplatz für Drogen und Zigaretten und damit Einfallstor von Schmuggelware in die EU. Auch für Waffen und im Bereich des Menschenhandels ist das Land eine Drehscheibe der organisierten Kriminalität. Geldwäsche droht auszufern. Teilweise genießen die kriminellen Gruppen Unterstützung aus der politischen Elite, der Wirtschaft und einigen Sicherheitsbehörden und greifen somit auf ein Netzwerk zurück, das über Jahre aufgebaut wurde und bis in die 1990er Jahre zurückreicht. Dennoch sind auch in Serbien Erfolge im Kampf gegen das organisierte

Verbrechen festzustellen, was den verstärkten Anstrengungen der Sicherheitsbehörden zuzuschreiben ist. Regelmäßig kommt es zu Festnahmen oder zur erfolgreichen Aufklärung von großen Schmuggelgeschäften.

3.6.3 Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen

Abkommen	Status	Quelle
Völkermord-Konvention von 1951	Beigetreten (mit Einschränkungen)	SIPRI Jahrbuch 2011
Genfer Konvention zum Schutz von Zivilisten in Kriegszeiten von 1950	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2011
Zusatzprotokolle zur Genfer Konvention von 1950 zum Schutz von Opfern in bewaffneten Konflikten von 1978	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2011
Internationaler Strafgerichtshof (Römisches Statut) von 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Anti-Korruptions-Konvention von 2005	Beigetreten	http://treaties.un.org

3.6.4 UN-Berichterstattung

Serbien übermittelt im Rahmen des UN-Waffenregisters Angaben zu Rüstungsimporten und -exporten sowie im Rahmen des Instruments zur Berichterstattung über Militärausgaben Informationen an die UN.

3.7 Unerlaubte Wiederausfuhr

Serbien ist bestrebt, ein effektives Exportkontrollregime zur Kontrolle von konventionellen Waffen und dual-use Gütern zu etablieren. Um dieses Ziel zu erreichen, hat Belgrad im März 2005 freiwillig die Kriterien und Prinzipien des damaligen EU-Verhaltenskodex (seit 2008 Gemeinsamer Standpunkt) für Rüstungsexporte anerkannt und damit einhergehend eine Reihe von Exportkontrollgesetzen verabschiedet. Dieses „Law on Foreign Trade in Arms, Military Equipment and Dual-Use Goods“ steht im Einklang mit den EU-Standards zur Exportkontrolle. Darüber hinaus hat sich das Außenministerium des Landes dazu verpflichtet, bei der Lizenzvergabe für Waffen, militärische Ausrüstung und Dual-Use-Gütern die acht Kriterien des Gemeinsamen Standpunktes als Entscheidungsgrundlage zu nutzen.

Im Allgemeinen ist die serbische Gesetzgebung ein positiver Schritt nach vorne und ein guter Versuch, die europäischen Normen und Kriterien zu übernehmen. Auch in der Umsetzung gibt es wichtige Fortschritte, die durch einen deutlichen Kapazitätsaufbau in der Verwaltung und auf der politischen Ebene erreicht wurden. Dennoch existieren weiterhin einige Defizite im serbischen Exportkontrollregime. Empfehlungen sehen vor, dass die Gesetzgebung weiter verschärft und alle Ministerien verpflichtet werden sollten, die EU-Kriterien als Entscheidungsgrundlage zu nutzen. Darüber hinaus sollten Transparenz sowie Verantwortlichkeit der einzelnen Akteure verbessert werden.

3.8 Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

Auszug aus dem Länderbericht des Auswärtigen Amtes (Juli 2011):

Seit der demokratischen Wende im Oktober 2000 bemüht sich Serbien um wirtschaftlichen Wiederaufbau und Beseitigung der Folgen politischer und wirtschaftlicher Isolation zu Zeiten des Milošević-Regimes. Zusätzlich steht die Anpassung an EU-Standards im Rahmen des

Assoziierungs- und Stabilisierungsprozesses immer mehr im Vordergrund. Die Währung Serbiens ist der Dinar.

Das Nettodurchschnittseinkommen liegt bei rund 330 Euro monatlich. Die makroökonomische Stabilität des Landes bleibt insgesamt gewährleistet. 2010 betrug die Inflation 10,3 Prozent. Das BIP-Wachstum stieg von minus 2,9 Prozent im Jahr 2009 auf plus 1,8 Prozent im Jahr 2010. Stabile Infrastruktur und industrielle Basis wären aber nur mit tatsächlich konkurrenzfähigen Rahmenbedingungen für ein verbessertes Investitionsklima zu schaffen. Eine konsequente Reformpolitik wird allerdings nicht ohne kontraktive Effekte durchzuführen sein, soziale Proteste als Begleiterscheinungen eingeschlossen.

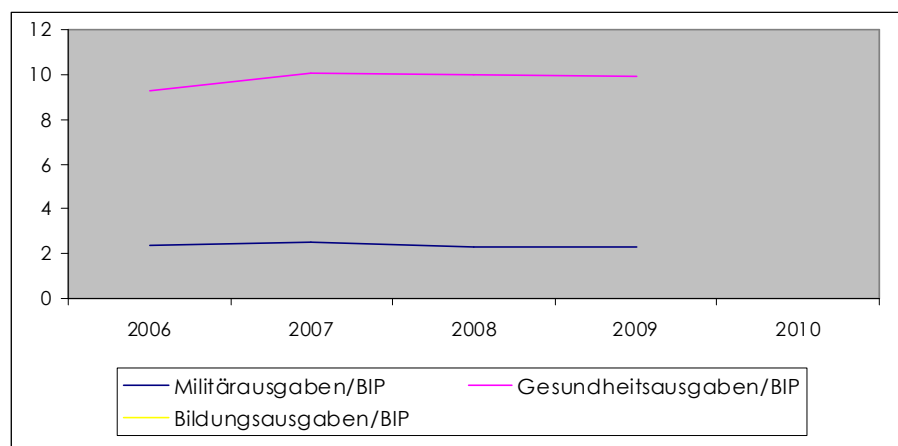
Quelle: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Serbien/Wirtschaft_node.html

Tabelle 8: Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP/GDP in Prozent

	2006	2007	2008	2009	2010
Militärausgaben (absolut)	907	1022	1009	941	920
Militärausgaben/BIP	2,4	2,5	2,3	2,3	-
Gesundheitsausgaben/BIP	9,3	10,1	10	9,9	-
Bildungsausgaben/BIP	-	-	4,7	-	-

Angaben in constant Mio. US\$ (2009). Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, World Bank Data (World Development Indicators)

Schaubild 5: Entwicklung Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP/GDP in Prozent



Quellen:
SIPRI Military Expenditure Database (Militärausgaben); WHO, World Health Statistics 2009 (Gesundheitsausgaben)

Tabelle 9: Absolute Auslandsverschuldung/Anteil am BIP und Entwicklungshilfe

	2006	2007	2008	2009	2010
Auslandsverschuldung	18499	25472	30834	33402	-
Anteil am BIP (in Prozent)	67,09	66,95	62,89	80,2	-
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA)*	1169,49	476,41	541,26	272,47	-
Net ODA (% of GNI)**	5,5	2,2	2	1,4	-

Angaben in constant Mio. US\$ (2009) (Auslandsverschuldung), ODA in Mio. US\$ in aktuellen Preisen.
Quelle: Weltbank, World Development Indicators**, OECD*

Tabelle 10: Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung

	2006	2007	2008	2009	2010
Militarisierungswert	787	686	675	682	684
Index-Platzierung	16	41	45	42	37

Quelle: Global Militarization Index (GMI) – Bonn International Center for Conversion (BICC)
Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2012.
<http://www.bicc.de/our-work/gmi.html>

Tabelle 11: Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung der Nachbarstaaten

		2006	2007	2008	2009	2010
Bosnien- Herzegowina	Militarisierungswert	601	600	588	607	603
	Index-Platzierung	90	87	88	79	72
Bulgarien	Militarisierungswert	806	794	763	752	728
	Index-Platzierung	10	10	15	19	21
Kroatien	Militarisierungswert	738	713	685	685	684
	Index-Platzierung	31	31	38	40	38
Mazedonien	Militarisierungswert	730	727	720	677	676
	Index-Platzierung	34	27	29	44	41
Montenegro	Militarisierungswert	603	580	568	559	561
	Index-Platzierung	88	101	98	100	93
Rumänien	Militarisierungswert	690	668	662	661	667
	Index-Platzierung	44	54	52	53	46
Ungarn	Militarisierungswert	663	656	618	619	615
	Index-Platzierung	61	61	74	70	69

Quelle: Global Militarization Index (GMI) – Bonn International Center for Conversion (BICC)
Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2012.
<http://www.bicc.de/our-work/gmi.html>

Tabelle 12: Human Development Index (HDI)

	2007	2008	2009	2010	2011
HDI-Wert	0.729	0.733	0.733	0.735	0.766

Quelle: <http://hdrstats.undp.org/en/indicators/103106.html>

Der HDI ist ein Wohlstandsindikator und variiert zwischen 1 (beste Entwicklungsstufe) und 0 (geringe Entwicklung). Die Länder werden in vier Klassen eingeteilt: sehr hohe, hohe, mittlere und niedrige Menschliche Entwicklung. Die Berechnung des HDIs basiert auf den Kategorien Gesundheit (Lebenserwartung), Bildung und dem Bruttonationaleinkommen. Aufgrund veränderter Berechnungsmethoden sowie unterschiedlicher Verfügbarkeit von Daten ist das Jahr 2011 nicht mit den Jahren zuvor vergleichbar.

Kommentar:

Serbiens Militärausgaben sind in den vergangenen Jahren leicht rückläufig, während sich die Gesundheitsausgaben als Anteil am Bruttoinlandsprodukt relativ konstant entwickelt haben. Der Anteil der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit ist seit 2006 deutlich zurückgegangen. Problematisch ist, dass die Auslandsverschuldung auf etwa 80 Prozent des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2009 im Vergleich zum Vorjahr angestiegen ist.

Bis zur Wirtschaftskrise 2008 erlebte Serbien eine Phase stetigen Wirtschaftswachstums, welches sich in 2009 deutlich abschwächte und sich erst 2010 leicht erholte. Trotz der ökonomischen Prosperität ist es dem Land nicht gelungen, seine Wirtschaft zu diversifizieren und die Abhängigkeit von der Landwirtschaft zu verringern. Zwar hat sich eine Verbesserung des Gesundheits- und Bildungssystem in den letzten Jahren eingestellt, doch bleiben vor dem Hintergrund der generell positiven wirtschaftlichen Entwicklung beide Systeme chronisch unterfinanziert. Insbesondere im Bildungssystem hat es jedoch entscheidende qualitative Fortschritte gegeben.